



Etiquette der AfD Bayern

Bei öffentlich ausgetragenen Konflikten gibt es immer nur einen Gewinner – der politische Gegner. Dafür verliert aber die ganze Partei. Wir wollen in der Partei echte Demokratie und Meinungsvielfalt leben und auch in unseren Methoden eine echte Alternative zum politischen Establishment darstellen. Deswegen soll es neben einem Parteiprogramm und einer Satzung auch eine verbindliche Etiquette geben, die uns stets an diesen Selbstanspruch erinnert.

Wir lassen uns nicht instrumentalisieren

Wie keine andere demokratische Partei ist die AfD Anfeindungen ausgesetzt. Die Etablierten begreifen die AfD als Gefährdung ihrer Machtstrukturen und sie sind bereit, ihre Hegemonie mit allen Mitteln zu verteidigen. Zu den gefährlichsten Kampagnen gehören die unzähligen Versuche von außen, die Partei zu spalten. Das gelingt aber nur, wenn wir uns dafür instrumentalisieren lassen. Tun wir ihnen nicht den Gefallen.

Wir überlassen die Deutungshoheit nicht mehr den Medien

Dabei sollte eines klar sein: Große Teile der Medien gehören zum politischen Meinungs-Kartell. Eine objektive Berichterstattung ist hier nicht zu erwarten. Allerdings haben sich die etablierten Medien inzwischen so weit vom Bürgerempfin-

den entfremdet, dass diesen Quellen zunehmend misstraut wird. Wir müssen uns bewusst machen: bei unseren Anhängern ist keine Medienkampagne so glaubwürdig wie ein Wort aus eigenen Reihen. Deswegen ist es besonders wichtig, auf Geschlossenheit zu achten.

Für eine konstruktive Streitkultur

Ein fruchtbarer Diskurs ist nur möglich, wenn man alle Meinungen, und die Debatte darüber zulässt. Die Regeln der Etiquette gibt es nicht für Inhalte, sondern für die Umgangsformen und die Zuständigkeitsbereiche.

Die Etiquette ist kein Maulkorberlass.

[Weiter zu den Grundsätzen der Etiquette](#)

Fünf Grundsätze der Etikette

Grundsatz 1: Grundsätzlich keine öffentlichen Personaldebatten! Diese fügen der Partei Ansehensverlust und Schaden zu. Es sollte allen Beteiligten klar sein, dass selbst die böseste Pressemeldung nicht so viel Schaden anrichtet wie ein offen ausgetragener Streit. Insbesondere gilt das für persönliche Dispute.

Wir beteiligen uns am internen Diskurs, aber niemals an Schlammschlachten

Grundsatz 2: Mediation ist die erste Wahl zur Lösung von Konflikten. Vorderstes Ziel muss immer eine konsensfähige Lösung sein und nicht der vermeintliche Sieg der einen Seite über die andere. Deswegen haben die Mediatoren auch eine andere Aufgabe als Schiedsgerichte. Hier geht es nicht um die juristisch korrekte Auslegung der Satzung, sondern um die Kommunikation kreativer Lösungen. Entscheidend für die Wahl der Mediatoren ist ihre Akzeptanz durch alle Konfliktparteien.

Konfrontation ist zu vermeiden – stattdessen gilt eine Mediations- und Konsenspflicht

Grundsatz 3: Die Etikette soll nicht dazu dienen, inhaltliche Positionen oder Denkverbote durchzusetzen. Es geht ausschließlich darum, einen konstruktiven Dialog zu gewährleisten, den inneren Frieden und die Handlungsfähigkeit der Partei selbst in heiklen Situationen zu bewahren. Solange der Diskurs fair, respektvoll und im Rahmen der geltenden Gesetze und freiheitlich-demokratischen Grundordnungen verläuft, sind alle Meinungen zulässig. Die Zeit der »Roten Linien« ist vorbei.

Alle Meinungen sind erlaubt – bewertet wird ausschließlich der Umgang mit einander

Grundsatz 4: Jeder hat das Recht, sich zu irren und niemand muss die privaten Ansichten eines anderen verteidigen. Wenn das von Medienvertretern verlangt wird, reicht es völlig, auf die innerparteiliche Vielschichtigkeit und Meinungsfreiheit hinzuweisen. Vor den Mikrofonen ist es nicht unsere Aufgabe, die Richtigkeit der Aussage eines Parteikollegen zu bewerten, wohl aber, mögliche falsche Zitate und böswillige Auslegungen richtigzustellen.

Wer im Namen der Partei spricht, ist dazu angehalten die Positionen der Partei zu vertreten – also das Programm und die Grundsätze, auf welche wir uns geeinigt haben. Private Ansichten sind, sofern sie überhaupt verlangt werden, eindeutig als solche kenntlich zu machen.

Geschlossenheit nach außen

Grundsatz 5: Parteientscheidungen sind zu respektieren. Dazu gehört auch, dass sich jeder Amtsträger auf den Aufgabenbereich konzentriert, für den er gewählt wurde. Das gilt vor allem auch für den Kontakt mit den Medien. *Wer für die Parteigliederung spricht* ist festgelegt.

Festgelegte Sprecher und strikte Einhaltung der jeweiligen Aufgabenbereiche